



## Gemeinde Denzlingen

### Beschlussvorlage

Amt / Verfasser/-in	Datum	Drucksache-Nr.	Status
Bauamt /S. Koch, Sträuber	01.03.2021	2021/024	öffentlich

Beratungsfolge/Gremium	Sitzungstermin	TOP	Status
Gemeinderat Denzlingen	09.03.2021	3	öffentlich

#### TOP:

### Denzlingen auf dem Weg zur Klimaneutralität - Klimaschutzziel und Klimaschutzpakt Baden-Württemberg

#### Anlagen:

01\_C02-Bilanz, THG-Reduktionspotenziale und Szenarien für die Gemeinde Denzlingen

02\_Klimaschutzpakt vom 25.02.2021

#### Beschlussvorschlag:

- 1) Der Gemeinderat beschließt das **Klimaschutzziel**, dass die Gemeinde Denzlingen und auf der Gemarkung der Gemeinde bis zum Jahr 2035 bei den Treibhausgasemissionen Klimaneutralität erreicht und die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt wird. Dies betrifft die Sektoren Wärme, Verkehr und Strom, deren Emissionen regelmäßig in einer CO<sub>2</sub>-Bilanz erfasst werden. Leitplanken für die Zielerreichung bietet dabei der Pfad, wie er von Local Governments for Sustainability (ICLEI) in der Gemeinderatssitzung am 10.11.2020 skizziert wurde. Die konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sollen im Laufe des Jahres unter Bürgermitwirkung erarbeitet werden. Der Gemeinderat bringt mit dem Beschluss dieser Klimaschutzziele seine volle Unterstützung zur Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes und des Maßnahmenkataloges zum Ausdruck und bekundet seinen Willen, Klimaschutzbelange bei anstehenden Personal- und Investitionsentscheidungen sowie Förderprogrammen entsprechend hoch zu priorisieren.
- 2) Der Gemeinderat beschließt als weiteren Schritt, dass die Verwaltung der Gemeinde Denzlingen ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und eine unterstützende Erklärung zum **Klimaschutzpakt** zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden nach §7 Absatz 4 des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg unterzeichnet. Damit verpflichtet sich die Gemeinde Denzlingen verbindlich gegenüber dem Land Baden-Württemberg, bis zum Jahr 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung im Sinne der Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden zu erreichen. Über eine entsprechende personelle Ausstattung der Verwaltung für die Erfüllung dieser Aufgabe entscheidet der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt,

wenn die Fördermodalitäten des Landes Baden-Württemberg hierzu veröffentlicht sind.

#### Abstimmungsergebnis:

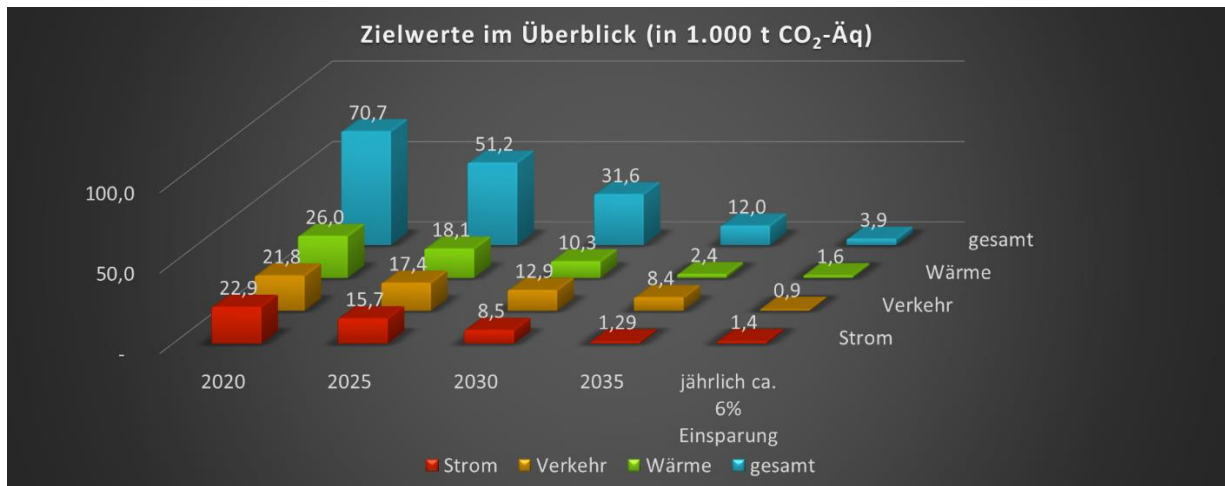
Anwesende	Stimm-berechtigt	Befangenheit	Ja	Nein	Enthaltungen	Laut Beschluss-vorschlag	Beschluss (siehe Protokoll)

#### Sachverhalt:

1)

Laut Presseverlautbarung der UNO vom 26.02.21 bleiben die Unterzeichner des Pariser Klimaabkommens mit ihren nationalen Klimaschutzbeiträgen "sehr weit" hinter den vereinbarten Zielen zurück. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Zwischenbericht des UN-Klimasekretariats UNFCCC hervor. Den Zwischenbericht bezeichnete UN-Generalsekretär Antonio Guterres als "Alarmstufe Rot für unseren Planeten". Er rief die Staaten zu deutlich ehrgeizigeren Zusagen auf. "Im Jahr 2021 geht es hinsichtlich des weltweiten Klimanotstands um alles oder nichts." Die rund 200 unterzeichnenden Staaten des Pariser Klimaabkommens von 2015 haben sich darauf geeinigt, die Erderwärmung auf 2 °C - möglichst jedoch auf 1,5 °C - im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Das immer noch in der breiten Wahrnehmung verankerte 2-Grad-Ziel zum Stopp der globalen Erderwärmung bietet nach Aussagen des UN-Weltklimarats IPCC keine hinreichende Sicherheit dafür, dass die menschlichen Lebensgrundlagen gewahrt werden. Das 1,5-Grad-Ziel gewährt dahingehend höhere Sicherheit. Auf EU-, Bundes- und Landesebene wird die Dringlichkeit und Notwendigkeit des aktiven Handelns zunehmend erkannt und deshalb werden derzeit die Klimaschutzziele immer wieder überarbeitet, angepasst und verschärft. Aus Sicht der Rathausverwaltung sollte die Gemeinde Denzlingen ein Ziel setzen, welches einen wesentlichen und substanziellen Beitrag leistet, die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten: Klimaneutralität und eine Umstellung auf erneuerbare Energieversorgung bis 2035. Sie folgt mit dieser Zielsetzung damit dem Beispiel zahlreicher Kommunen wie beispielsweise Konstanz, Tübingen, Gießen, München, Düsseldorf, Bonn, Mülheim an der Ruhr, Nürnberg, Erlangen, Soest, Bamberg u.v.m. und Landkreisen wie beispielsweise Düren, Weilheim-Schongau, Altenkirchen, Ebersberg, Fünfseenland (oberbayerische Region zwischen Ammersee und Starnberger See) oder Bad Tölz-Wolfratshausen.

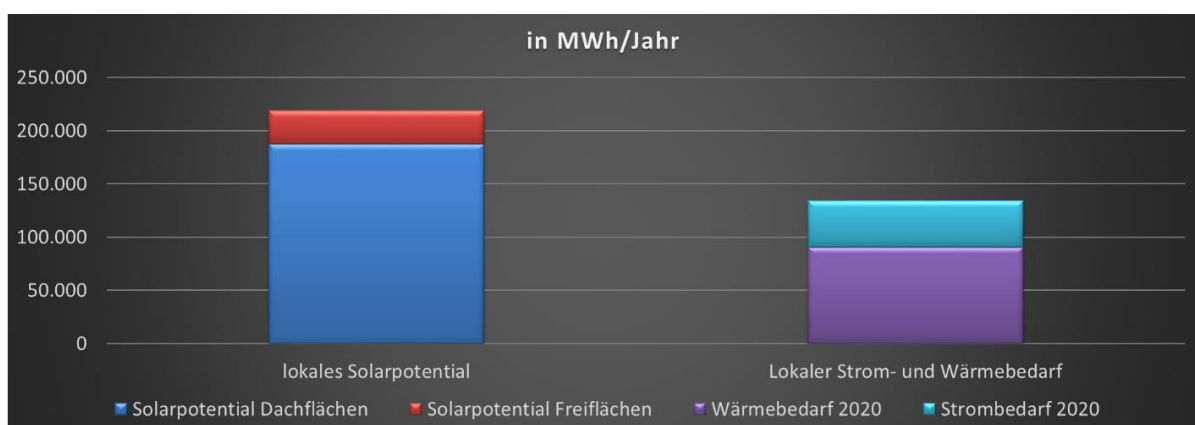
Richtschnur für Denzlingen ist dabei der Zielpfad, wie er von Local Governments for Sustainability (ICLEI) in der Gemeinderatssitzung am 10.11.2020 vorgestellt wurde. Dieser bezieht sich auf das vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) vorgestellte Konzept des CO<sub>2</sub>-Restbudgets (SRU 2020). Davon ausgehend können Teilziele für die Sektoren Wärme, Verkehr und Strom abgeleitet und über ein Monitoring und Controlling Reduktionsfortschritte bewertet werden. Der Zielpfad zeigt auf, dass in jedem einzelnen Sektor eine durchschnittliche jährliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zum Startjahr von etwa 6 % notwendig ist.



Die Umsetzung dieser Ziele erfordert ein grundlegendes Umdenken auf unterschiedlichen Ebenen und ein Hinterfragen derzeitiger Gegebenheiten. Deswegen ist es wichtig, dass die zielführenden Maßnahmen in einem gemeinsamen, lebendigen Austausch zwischen Einwohnern/-innen, Gemeinderat, Rathausverwaltung, hier ansässigen Firmen und Jugendlichen mit fachlicher Unterstützung durch Experten erarbeitet werden und sich so lokal das kreative Potenzial voll entfalten kann.

Klar ist schon jetzt, dass wir notwendigerweise in Denzlingen den Fokus darauf zu richten haben, die bestehenden fossilen Wärmeversorgungen/Heizungen abzulösen. Dies kann sowohl durch den Bau und Ausbau von Gemeinschaftswärmeversorgungen bzw. Nahwärmenetzen und der Umrüstung auf regenerative Inputstoffe als auch durch eine erhöhte Sanierungsrate realisiert werden. Realistischerweise sind Maßnahmen möglichst koordiniert und gleichzeitig umzusetzen. Ziel ist es den Wärmeverbrauch zu reduzieren und zeitgleich auf erneuerbare Energie umzustellen.

Ebenso klar ist, dass das enorme Solarenergiepotenzial Denzlingens sehr geeignet ist, eine zentrale Rolle zu spielen. Eine Gegenüberstellung zeigt, dass das theoretische Potenzial für solare Energiegewinnung mehr als das 1,5-fache des derzeitigen Strom- und Wärmebedarfs beträgt:



### **Große Veränderungen beginnen immer mit dem ersten Schritt.**

Der Beschluss von Klimaschutzzielen ist ein solcher erste Schritt, auf den konsequenterweise noch viele weiter zu folgen haben. Die Gemeinde hat bereits erfolgreich Maßnahmen und Förderungen auf dem Weg zur klimaneutralen Gemeinde gestartet:

- Innovatives Klimaschutz-Förderprogramm der Gemeinde
- Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes mit Maßnahmenplan mit Bürgermitwirkung
- Gründung eines Klimabeirats, der die Ausarbeitung der Maßnahmen mitgestaltet
- Bürgerbeteiligung als Forum für kreative Ideen und Projekte

- Erstellung eines Klimamobilitätsplanes mit integriertem Radwegekonzept
- Energieeffizienz-Offensive für Gewerbebetriebe
- Strategische kommunale Wärmeplanung für eine zukünftig klimaneutrale Wärmeversorgung, Machbarkeitsstudie für erste Umsetzungen von Wärmenetzen als Keimzellen
- Aufsuchende Sanierungskampagne für Privathaushalte (Energiekarawane)
- Ausbau der Solarstromkampagne „Dein Dach kann mehr“
- Klimagerechte Planung von neuen Wohnbaugebieten (Käppelematten, Unter'm Heidach, Hinter'm Hof)

Der Gemeinderat bringt mit dem Beschluss dieser Klimaschutzziele den Willen zum Ausdruck, Klimaschutzbelange bei anstehenden Personal- und Investitionsentscheidungen sowie Förderprogrammen entsprechend zu priorisieren. Die Zielerreichung kann jedoch nicht nur von lokalen Anstrengungen abhängig sein, sondern ebenso davon, wie sich die Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene entwickeln werden (beispielsweise wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung, finanzielle Ausstattung für energetische Sanierungen und Personal, etc.).

Unabhängig davon ist die Rathausverwaltung überzeugt, dass es eine bedeutende und notwendige Aufgabe ist, diesen Veränderungsprozess auf kommunaler Ebene anzustoßen und erwartet zugleich viele positive Nebeneffekte:

- Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten, regenerative Erzeugung vor Ort
- Mittel- und langfristig kostenstabile Energieversorgung, dadurch keine steigenden Kosten durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung
- Langfristige Sicherung der Marktwerte der Gebäude
- Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe durch Einbindung des Handwerks und generellem Fokus auf klimafreundliche kurze Transportwege
- Mehr Miteinander durch entstehende nachbarschaftliche Klimaschutzprojekte
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Mehr Lebensqualität im Ort durch Priorisierung von Rad- und Fußverkehr
- Naturnahe und mehr begrünte Straßenzüge und Plätze, weniger Lärm, u.v.m.

Mit dem Beschluss von Klimaschutzzielen bekennt sich die Gemeinde Denzlingen dazu, die historische Mammutaufgabe Bekämpfung des Klimawandels auf lokaler Ebene anzugehen, um durch zukunftsweisende, verantwortungsvolle und vernünftige Entscheidungen zugunsten der kommenden Generationen ein weiter lebenswertes Denzlingen zu gestalten.

Im nächsten Schritt werden die Maßnahmen zur Zielerreichung im Laufe des Jahres entwickelt und decken dabei übergeordnete Themen wie klimagerechte Stadtentwicklung, Stärkung der Biodiversität und Strategien zur Klimaanpassung (beispielsweise Wasserrückhalt) ab. Ebenso widmen sie sich in besonderer Weise den Sektoren Verkehr, Strom und Wärme, in welchen die hauptsächlichen Treibhausgase entstehen: Mithilfe eines Klimamobilitätsplans sollen die Fragen geklärt werden, wie ein klimafreundlicherer Modal Split erreicht wird und welche investiven Maßnahmen z.B. in Radverkehrsinfrastruktur dafür notwendig sind. Für den Sektor Strom sind bei der Erarbeitung einer PV-Ausbaustrategie konkrete Ausbauziele festzulegen. Außerdem soll beleuchtet werden, wie PV-Ausbau und Wärmeplanung ineinandergreifen können, um eine Energieautarkie zu erreichen. Für diese komplexe Fragestellung bietet es sich an, dass unter externer fachlicher Begleitung ein Wärmeplan für Denzlingen aufgestellt wird, der die Frage nach den PV-Ausbauzielen mitdenkt und mitbehandelt. Zudem ist es wichtig, zu klären, in welchen

Gebieten fossile Heizanlagen durch eine neue klimafreundliche gemeinschaftliche Wärmeversorgungsinfrastruktur abgelöst werden könnten und in welchen Gebieten die Aufgabe der Heizungsumrüstung bei den einzelnen Gebäudeeigentümern verbleibt.

2)

Für die Kommunen regelt das Landes-Klimaschutzgesetz (§7 Abs. 4), dass diese ihre Vorbildfunktion insbesondere bei der Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien in eigener Verantwortung erfüllen und vom Land hierbei unterstützt werden. In einer gesonderten Vereinbarung zwischen Landesregierung und kommunalen Landesverbänden („Klimaschutzpakt“) wird dies konkretisiert: Die kommunalen Landesverbände bekennen sich dort zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand in Punkto Sanierung und effizienter Betriebsweise der kommunalen Gebäude, Nutzung erneuerbarer Energien, energiesparender Computertechnik und Beleuchtung, sowie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Dienstreisen bzw. Dienstwagen mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen/alternativen Antrieben. Kommunen können mit einer Unterstützungserklärung bekräftigen, dass sie dazu stehen, ihre Vorbildfunktion als Verwaltung wahrzunehmen und ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Mit der Unterzeichnung der Unterstützungserklärung würde sich Denzlingen das Ziel setzen, bis zum Jahr 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung zu erreichen, d.h. die eigenen Treibhausgasemissionen der kommunalen Liegenschaften und der Verwaltung um 90 % zu mindern. Dabei werden die unterzeichnenden Kommunen vom Land mit erhöhten Förderquoten bei den Förderprogrammen Klimaschutz-Plus und KLIMOPASS unterstützt. Außerdem ist eine neue Personalstellen-Förderung vom Land für eine/n Beauftragte/n für Klimaneutralität angekündigt. Bisher haben in Baden-Württemberg 363 Kommunen die Unterstützungserklärung unterzeichnet.

---

Markus Hollemann, Bürgermeister

---

Steffen Koch, Leiter Bauamt